



Sportausschuss

1. Sitzung (öffentlich)

27. September 2022

Düsseldorf – Haus des Landtags

15:30 Uhr bis 16:29 Uhr

Vorsitz: Bernhard Hoppe-Biermeyer (CDU)

Protokoll: Steffen Exner

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

	Vor Eintritt in die Tagesordnung	3
1	Konstituierung	4
	Vorsitzender Bernhard Hoppe-Biermeyer stellt fest, dass sich der Sportausschuss der 18. Legislaturperiode konstituiert hat.	
2	Einführung in die Sportpolitik in der 18. Legislaturperiode	5
	Bericht der Landesregierung Vorlage 18/217 (<i>nachträglich erschienen</i>)	
	– mündlicher Bericht der Landesregierung	
3	Schwimmen lernen in Krisenzeiten. Bleiben die Kinder abermals auf der Strecke? (<i>Bericht beantragt von der Fraktion der FDP [s. Anlage 1]</i>)	9
	Bericht der Landesregierung Vorlage 18/197	
	– Wortbeiträge	

Sportausschuss

27.09.2022

1. Sitzung (öffentlich)

exn

- 4 Energiekrise trifft Sportvereine besonders hart** (*Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 2]*) **13**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/196
- Wortbeiträge
- 5 Corona-Hilfszahlungen für Sportvereine und aktuelle Rückzahlungsforderungen des Landes** (*Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 3]*) **15**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/192
- Wortbeiträge
- 6 Terminplanungen** (*Anlagen 4 und 5*) **17**
- keine Wortbeiträge
- Gegen die Terminplanung für das zweite Halbjahr 2022 sowie für das Jahr 2023 erhebt sich unter Berücksichtigung des Wunsches des Abgeordneten Christof Rasche, den Sitzungstermin am 26. September 2023 zu überprüfen, kein Widerspruch.
- 7 Verschiedenes** **18**
- hier: **Vorstellung des Landesaktionsplans „Sport und Inklusion in NRW“**

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Vorsitzender Bernhard Hoppe-Biermeyer weist darauf hin, dass sich einem Beschluss des Ältestenrats folgend Mitglieder des Landtags, Mitglieder der Landesregierung, Staatssekretärinnen und Staatssekretäre, beauftragte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der im Landtag vertretenen Fraktionen, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Staatskanzlei und der Ministerien, Beauftragte der Landesregierung und des Landesrechnungshofs sowie Mitglieder der Landespressekonferenz per Video oder Telefon zuschalten könnten.

Sportausschuss

27.09.2022

1. Sitzung (öffentlich)

exn

1 Konstituierung

Vorsitzender Bernhard Hoppe-Biermeyer informiert, der Landtag habe auf Grundlage von Drucksache 18/86 am 30. Juni 2022 einen Sportausschuss eingesetzt. Die 19 Mitglieder des Ausschusses verteilten sich wie folgt auf die Fraktionen:

CDU 7 Mitglieder

SPD 6 Mitglieder

Bündnis 90/Die Grünen 4 Mitglieder

FDP 1 Mitglied

AfD 1 Mitglied

Dem Beschluss des Ältestenrats vom 24. August 2022 folgend falle der Ausschussvorsitz der Fraktion der CDU zu, den er, Bernhard Hoppe-Biermeyer, wahrnehme. Den stellvertretenden Vorsitz bekleide Christof Rasche von der Fraktion der FDP.

Die Fraktionen hätten inzwischen folgende Sprecherinnen und Sprecher benannt:

CDU Jens-Peter Nettekoven

SPD Tülay Durdu

Bündnis 90/Die Grünen Hedwig Tärner

FDP Christof Rasche

AfD Andreas Keith

Vorsitzender Bernhard Hoppe-Biermeyer stellt fest, dass sich der Sportausschuss der 18. Legislaturperiode konstituiert hat.

2 Einführung in die Sportpolitik in der 18. Legislaturperiode

Bericht

der Landesregierung

Vorlage 18/217 (*nachträglich erschienen*)

StS'in Andrea Milz (Staatskanzlei) trägt im Rahmen der sogenannten kleinen Regierungserklärung wie folgt vor:

Ich freue mich, wieder als Gast an Ihren Sitzungen des Sportausschusses teilnehmen zu können und dass wir künftig weiterhin gemeinsam über die sportpolitischen Ziele und Vorhaben der Landesregierung diskutieren können.

Wir haben in den vergangenen Jahren viel bewegt. Wir haben nicht nur Projekte gefördert und Investitionen bezuschusst – das ist das übliche Verwaltungshandeln –, sondern wir wollten auch die Strukturen bewegen. Wir wollten mehr Dynamik entfachen und eigenverantwortliches, vernetztes Handeln befördern.

Wir haben Aktionspläne entwickelt. Einer davon ist der Aktionsplan „Schwimmen“, es gab aber auch einen Aktionsplan „Inklusion“. Wir haben Programme wie „Sportplatz Kommune“ aufgelegt, und über das Programm „Moderne Sportstätte“ haben wir Etlliches geschafft. Mit den meisten Programmen haben viele von Ihnen sicherlich Berührung gehabt.

Die Zusammenarbeit der Vereine und Sportbünde vor Ort auch mit den Kommunen wurde gestärkt, und die lokalen Netzwerke sind ausgebaut worden. Auf Landesebene haben wir zum Beispiel Partner in der Schwimmförderung zusammengebracht. Viel von diesem Schwung nehmen wir in die nächsten fünf Jahre mit, zusätzlich wird es aber einiges Neues geben.

Wir werden in Menschen investieren: in die Engagierten in Vereinen und Verbänden, in Übungsleitende, in Trainerinnen und Trainer, in deren Ausbildung und in deren Vergütung. Wir wollen die Betreiber von Sportstätten weiter dabei unterstützen, in ihre Sportanlagen zu investieren und diese ökonomisch und ökologisch sinnvoll zu modernisieren. Die Professionalisierung in der Sportselbstverwaltung in den Verbänden und den Bünden wollen wir weiter befördern. Einen Fokus legen wir auch auf die Förderung des Kinder- und Jugendsports; auf mehr Spiel, Sport und Bewegung in der Freizeit, in Vereinen, in der Kita, im Ganztage. So können Sie es auch im Koalitionsvertrag nachlesen.

Wir erkennen auch die besondere Leistung an, die der Sport mit seinen Bewegungsangeboten für die Gesellschaft erbringt. Denn wir haben vor Augen, dass eine gute Sportförderung notwendig ist. Wir sehen, was geeignete Instrumente zur Unterstützung einer zielgerechten Sportentwicklung sind.

Stärker in den Blick nehmen wir den individuell ausgeübten, nicht vereinsmäßig organisierten Sport. Das war bisher eher nicht Teil unserer Zielvereinbarungen.

Wir sind in der Breite gut aufgestellt. Wir haben einen festen Zielkorridor und deshalb im Koalitionsvertrag bereits konkrete Vorhaben benannt. Diese Punkte kennen

Sie. Wenn ich sie alle aufzählen wollte, müsste ich Ihnen den Koalitionsvertrag vorlesen. Sie haben ihn aber sicher bereits selber gelesen.

Uns alle beschäftigt zurzeit aber natürlich eine ganz andere Frage: Können wir in diesem und im kommenden Jahr oder in den darauffolgenden Jahren überhaupt so weitermachen wie bisher, oder werden die finanziellen Aufwendungen zur Bewältigung der sich aus dem Krieg Russlands gegen die Ukraine ergebenden Notlagen unsere Handlungsspielräume so stark einschränken, dass ein Weitermachen nicht mehr möglich sein wird und wir gezwungen sein werden, den Rotstift anzusetzen? Das ist die entscheidende Frage.

Eine zweite wesentliche Frage ist die nach einer inhaltlichen Klammer oder auch einem großen Fernziel. Denn nach den European Championships in München entflammte wieder die Debatte um eine Austragung von Olympischen und Paralympischen Spielen in Deutschland. Sie werden ohnehin danach fragen, und ich kann Ihnen versichern: Ja, wir werden eine Bewerbung für eine Durchführung der Spiele in Nordrhein-Westfalen unterstützen, wenn dies ökonomisch und ökologisch nachhaltig möglich ist und die Menschen in unserem Land dies auch wollen. So haben wir es im Koalitionsvertrag festgeschrieben.

Gute Sportpolitik geht natürlich auch ohne die Spiele. Wir wollen Menschen in Bewegung bringen und sie für einen aktiven Lebensstil gewinnen. Das sehen wir als unsere Aufgabe und unser Kernziel an. Olympische und Paralympische Spiele können hierfür ein Katalysator sein. Sie können der Entwicklung des Sports im Land einen bedeutenden Schub geben, und sie können Impulsgeber für weitere Bereiche wie Wirtschaft, Tourismus, Umwelt und Verkehr sein.

Dennoch laufen die Entwicklungen zugegebenermaßen zeitgleich. In Sachen „Olympia“ muss allerdings zuerst der Sport, also der DOSB, sagen, ob er sich bewerben möchte.

Bei uns in Nordrhein-Westfalen kämpfen wir aber auch mit drängenden Problemen. Es fehlen überall Übungsleiterinnen und Übungsleiter. Die Nachfrage nach Sportangeboten ist seit Corona wieder deutlich gestiegen. Das ist sehr erfreulich. Allerdings fällt es vielen Sportvereinen aktuell äußerst schwer, Übungsleitende zu finden. Denn viele derjenigen, die auf das Einkommen aus einer solchen Tätigkeit angewiesen sind – zum Beispiel als Übungsleiterin –, haben sich im Lockdown andere Jobs gesucht. Es wird im Falle einer notwendigen Reduzierung auf das Wesentliche unser Kernthema sein, ob trotz Verschlechterungen durch die pandemische Lage und trotz wirtschaftlicher Notlagen als Ergebnis der Ukrainekrise Sportangebote aufrechterhalten werden können.

Es wird im Kern darum gehen müssen, den Sportbetrieb insgesamt aufrechtzuerhalten, damit dieser positiv wirken kann, insbesondere in Zeiten, in denen soziale Angebote dringen gebraucht werden – und zwar flächendeckend und kostengünstig – und in denen der gesellschaftliche Zusammenhalt noch wichtiger wird.

Daher werden wir die Übungsarbeit in den Sportvereinen verbessern, insbesondere, indem wir niedrigschwellige Ausbildungsangebote stärken, die Ausbildung durch Modularisierung leichter zugänglich und attraktiver gestalten, landesweit für

eine Tätigkeit im Sportverein, in der Schule oder im Viertel – ob als Sporthelferin, Übungsleiter oder Lauffreizeorganisatorin – werben und dort Ausbildungskosten fördern, wo diese nicht durch den Verein oder die Stadt ausreichend bezuschusst werden können.

Der zweite wichtige Punkt – Herr Ministerpräsident hat die Zielgruppe der Kinder und Jugendlichen in seiner Regierungserklärung vorangestellt – lautet: Wir werden uns vor allem auf die Förderung des Kinder- und Jugendsports fokussieren. Denn es ist weiterhin unser erklärtes Ziel, dass jedes Kind die Möglichkeit haben soll, sicheres Schwimmen zu lernen und sich körperlich aktiv zu entwickeln.

Gerade nach den Erfahrungen der Pandemie, in der wir gesehen haben, welche schlimmen Folgen Bewegungsmangel für Kinder und Jugendliche hat, müssen wir hier Vorsorge treffen und mit gebündelten Kräften eine Bewegungsoffensive für Kinder und Jugendliche, für die Jüngsten, auf den Weg bringen sowie den Aktionsplan „Schwimmen lernen in Nordrhein-Westfalen“ weiterentwickeln.

Ein drittes und letztes wesentliches Kernthema, das ich nennen möchte, ist und bleibt die landesweite Modernisierung der Sportstätteninfrastruktur. Hier sind wir aufgrund der Preissteigerungen insbesondere beim Baumaterial und Kostensteigerungen durch verzögerte Beschaffungen und Wartezeiten aktuell mit der Herausforderung konfrontiert, bereits laufende Fördervorhaben mit zusätzlichen Mitteln zu hinterlegen, damit die Infrastrukturen überhaupt fertiggestellt werden können. Hierbei handelt es sich vor allem um Modernisierungsvorhaben an Sportstätten für den Leistungssport. Diese sind mit möglichst geringen Verzögerungen dringend zu beenden, weil wir sie brauchen, damit wir herausragende Sportveranstaltungen wie zum Beispiel die World University Games 2025 in Nordrhein-Westfalen überhaupt durchführen können.

Auch hier wird deutlich: Wir brauchen Planungssicherheit im Sport. Wir werden daher die uns zur Verfügung stehenden Möglichkeiten ausschöpfen und auf dieser Grundlage eine Zielvereinbarung für den Sport in Nordrhein-Westfalen abschließen. Wir planen fest die Einführung eines Tarifvertrags für Trainerinnen und Trainer im Leistungssport, und wir halten weiter an unserem Konzept fest, Nordrhein-Westfalen als paralympisches Zentrum weiterzuentwickeln.

Zudem werden wir gemeinsam mit den Ländern und dem Bund die Einrichtung einer Anlaufstelle „Safe Sport“ finanzieren. Um diese herum soll im Weiteren ein bundesweites Kompetenzzentrum zur Prävention sexualisierter Gewalt im Sport aufgebaut werden. Auch hieran werden sich die Länder beteiligen.

Wir werden weiter daran arbeiten, dass eine gute Sportentwicklung insbesondere als Ergebnis enger Kooperation der vielen in diesem Feld aktiven Partner und Partnerinnen verstanden und geübt wird. Hierbei wird sicherlich auch die Durchführung einer Landessportkonferenz eine wichtige Rolle übernehmen können.

Diese und viele weitere Lösungsansätze werden wir anpacken. Ich freue mich darauf, mit Ihnen in den Austausch zu treten und zu hören, welche Ideen Sie haben.

Ich freue mich auf unsere Zusammenarbeit und auf die spannenden Dinge, die hier im Sportausschuss geschehen. Ich freue mich auch auf die Debatten und die Verhandlungsergebnisse.

Lassen wir uns von den gesellschaftlichen Wirkungen des Sports beeindrucken, und nehmen wir diesen Eindruck gerne mit in andere Fachausschüsse, ob sie nun Gesundheit, Jugend, Verkehr oder Schule betreffen. Wir können Nordrhein-Westfalen dann besonders gut bewegen, wenn wir die vielen Vorteile einer körperlich aktiven Gesellschaft als gute Argumente für die Förderung des Sports auch in anderen fachpolitischen Ausschüssen einbringen. – Vielen Dank.

(Beifall)

3 Schwimmen lernen in Krisenzeiten. Bleiben die Kinder abermals auf der Strecke? *(Bericht beantragt von der Fraktion der FDP [s. Anlage 1])*

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/197

Wie es gelinge, den Schwimmsport besser zu fördern und dafür zu sorgen, dass spätestens mit dem Ende der Grundschulzeit alle Kinder schwimmen könnten, beschäftigte alle Fraktionen, so **Christof Rasche (FDP)**. Der Bericht der Landesregierung, für den er sich bedanke, zeige einen Weg zu diesem Ziel auf. Dennoch werde sich der Ausschuss künftig noch intensiv mit dem Thema befassen müssen.

Andreas Keith (AfD) möchte mit Verweis auf die im Bericht beschriebenen Lösungsvorschläge der Bäderallianz wissen, wie die Landesregierung angesichts der Energieproblematik die Aufrechterhaltung des Übungs- und Ausbildungsbetriebs plane. Da die Bäder üblicherweise durch die Kommunen betrieben würden, stelle sich die Frage, ob sie über Programme des Bundes hinaus mit finanzieller Unterstützung rechnen könnten.

Hedwig Tarnier (GRÜNE) pflichtet Christof Rasche bei, dass große Herausforderungen bewältigt werden müssten, um Möglichkeiten zu bieten, Schwimmen zu lernen. Im Fokus ständen insbesondere die Verfügbarkeit von Schwimmflächen sowie von Personen mit Befähigung, Schwimmtrainings durchzuführen. Wenn alle Beteiligten gut zusammenarbeiteten, könne es gelingen, dafür Lösungen zu finden.

Tülay Durdu (SPD) bemängelt, um die Energiekrise in den Bädern zu bewältigen, fehlten konkrete Vorschläge seitens der Landesregierung, wie auf die steigenden Betriebskosten reagiert werden könnte, beispielsweise durch gedeckelte Kosten oder Saniierungen. Gleichzeitig drohten die Einnahmen der Schwimmbäder einzubrechen.

Von der eigentlich für den morgigen Tag geplanten Konferenz der Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten mit dem Bundeskanzler hätte sie sich einige Antworten erhofft, so **StS'in Andrea Milz (Staatskanzlei)**. Leider werde dieser Austausch nun um voraussichtlich etwa eine Woche verschoben. Sie gebe zu bedenken, dass das Land bei allen Entlastungspaketen immer einen eigenen Anteil an den Kosten trage. Schon jetzt beteilige sich das Land also auch beim Thema „Energie“ an den im Bund geplanten Hilfen

Zwar fehlten bislang explizite Ausführungen zu Bädern, allerdings hätten die sportpolitischen Sprecher der Ampelkoalition im Bund bereits angekündigt, dass in weiteren Programmen auch der Sport bedacht werden solle. Auf diese sei sie ebenfalls gespannt, und sie hoffe, dass sie positiv ausfielen. Näheres wisse sie zu diesen Planungen aber nicht. Auch in Bezug auf den Landeshaushalt könne sie noch keine Auskunft geben, da er sich noch in der Aufstellung befinde.

Andreas Keith (AfD) führt an, dass die Bäder neben steigenden Betriebskosten auch mit Problemen bei der Personalgewinnung zu kämpfen hätten. Schon im Sommer sei es aus diesem Grund zu Schließungen von Freibädern gekommen, was sich teilweise auch auf vorherige coronabedingte Schließungen zurückführen lasse. Er fürchte, dass dieses Problem auch im Winter wieder aufkommen könnte, sodass vermehrt Personal abwandere, wenn es keine Gewissheit habe, auch in Krisen über einen sicheren Arbeitsplatz zu verfügen. Ihn interessiere, ob Überlegungen dazu angestellt würden, das Personal stärker an die Betreiber der Bäder zu binden.

Jens-Peter Nettekoven (CDU) dankt der FDP-Fraktion dafür, dass diese die Relevanz des Themas „Schwimmen lernen“ in den Vordergrund stelle. Schon in der vergangenen Legislaturperiode habe sich der Ausschuss immer wieder Gedanken über mögliche Angebote gemacht. Nun führe auch noch die Energiekrise zu Einschränkungen, beispielsweise bei den Öffnungszeiten von Bädern und bei der Umsetzung der Initiative „NRW kann schwimmen“.

Falls Bäder schließen müssten, entschieden dies die Kommunen bzw. die Städte und die Stadträte. Hinsichtlich Energieeinsparungen sähen diese sich aktuell starkem Druck ausgesetzt. In Witten habe das Freibad zum Beispiel einen Monat früher geschlossen, was Einsparungen in einer Größenordnung entspreche, die es ermögliche, 150 bis 180 Einfamilienhäuser ein ganzes Jahr lang zu beheizen.

Das Schwimmen nehme für die regierungstragenden Fraktionen einen großen Stellenwert ein. So enthalte der Koalitionsvertrag beispielsweise das Ziel, ein Schwimmzentrum zu errichten. Unabhängig von Krisen gelte, dass Kinder unbedingt Schwimmen lernen sollten. Um dies zu ermöglichen, müsse fraktionsübergreifend daran gearbeitet werden, Antworten unter anderem auf die Frage zu finden, wie die Kommunen die Schwimmbäder lang genug öffnen könnten.

Tülay Durdu (SPD) fragt, welche Pläne die Landesregierung für den Fall vorsehe, dass die Ergebnisse der Ministerpräsidentenkonferenz nicht so ausfielen, wie erhofft. Sie vermute, dass selbst dann, wenn das Entlastungspaket Hilfen für Sportvereine und Schwimmbäder vorsähe, diese Mittel nicht ausreichen würden.

Ibrahim Yetim (SPD) vertritt den Standpunkt, der Bericht widerlege die Aussage des Ministerpräsidenten während dessen Regierungserklärung, dass das Schwimmen ihm sehr wichtig sei. Seit der Regierungserklärung sei einige Zeit vergangen. Dafür fielen die Hinweise im Bericht sehr dünn aus.

Erstens stehe der Haushalt noch nicht, zweitens enthalte der Koalitionsvertrag durchaus einiges zum Thema „Schwimmen“, erwidert **StS'in Andrea Milz (Staatskanzlei)**. Sogar unabhängig vom Haushalt existiere das Vorhaben, einen erheblichen Betrag in das Schwimmen zu investieren. Diese Zusage stamme bereits aus der Zeit vor der Wahl. So etwas gebe es bei anderen Themen nicht.

Sportausschuss

27.09.2022

1. Sitzung (öffentlich)

exn

Erstens solle in mobile Schwimmflächen bzw. Schwimmcontainer investiert werden, die das Anbieten vollwertiger Schwimmkurse sowie deutliche Einsparungen bei den Energiekosten ermöglichen. Zweitens bestehe Einigkeit darüber, dass es an Übungsleitungen fehle. Um darauf zu reagieren, stehe eine Personaloffensive bzw. eine Bezuschussung von Aus- und Fortbildungen an. Drittens sollten Schwimmkurse bezuschusst werden, sodass alle Familien sie in Anspruch nehmen könnten, und viertens werde die Einrichtung eines Schwimmzentrums geplant. All dies solle mit 5 Millionen Euro realisiert werden. Nun gelte es abzuwarten, was der Haushalt tatsächlich biete.

Kirsten Stich (SPD) hält es für zentral, den Kommunen durch Abbau des immensen Investitionsstaus zu ermöglichen, ihre Lehrschwimmbecken offenzuhalten. Außerdem gelte es, neben Schwimmkursen der DLRG auch den Schwimmunterricht an Schulen zu unterstützen. Dies erfordere auch eine Kooperation mit der Bildungsministerin.

Sie habe den Eindruck gewonnen, dass Staatssekretärin Milz die im Koalitionsvertrag verankerten Ziele etwas relativiere, indem sie darauf verweise, die Konferenz der Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten abwarten zu müssen. Dem schriftlichen Bericht habe sie noch entnommen, dass das dritte Entlastungspaket des Bundes für Unterstützung sorgen werde, nun rudere die Staatssekretärin etwas zurück.

Jens-Peter Nettekoven (CDU) erwidert, NRW habe im Rahmen von „Moderne Sportstätten 2022“ für 300 Millionen Euro Sportstätten saniert. Darüber hinaus gebe der Koalitionsvertrag Auskunft über das Vorhaben zu einem weiteren Investitionsprogramm für Sport- bzw. Schwimmstätten.

Um für die Kommunen, Vereine und Sporttreibenden Unterstützung zu leisten, könnte die SPD sich beispielsweise an ihre Bundestagsfraktion, den Bundeskanzler und die Bundesministerin für Sport wenden, damit der Bund sein Investitionsprogramm für Sportstätten, in dessen Rahmen NRW zuletzt rund 50 Millionen Euro zugekommen seien, wieder aufleben lasse. Ursprünglich seien in diesem Kontext 40 % der Gesamtmittel durch das Land, 10 % durch die Kommunen und 50 % vom Bund getragen worden. Der Bund ziehe sich nun heraus und lasse damit den Sport in Nordrhein-Westfalen und in ganz Deutschland im Stich.

Zwar heiße man durch die Ampelkoalition auf Bundesebene beschlossene Mittel immer willkommen, das Land dürfe aber nicht nur die Hand aufhalten und auf Bundesgelder hoffen, sondern es müsse sich auch selbst für landeseigene Förderprogramme auf kommunaler Ebene einsetzen, meint **Tülay Durdu (SPD)**.

Ihrer Ansicht nach verkenne die Opposition, dass Entlastungspakete des Bundes immer auch Landesmittel enthielten, so **StS'in Andrea Milz (Staatskanzlei)**. Der Wunsch der Länder, eine MPK durchzuführen, entspringe der Tatsache, dass der Bund Beschlüsse fasse, ohne die Länder vollständig einzubeziehen. NRW habe sich bereits mit etwa 3 Milliarden Euro an den bisherigen Paketen beteiligt. Diese Mittel fehlten nun und schränkten den weiteren Handlungsspielraum ein. Nichtsdestotrotz werde das Land das Schwimmen ganz sicher unterstützen.

Sportausschuss

27.09.2022

1. Sitzung (öffentlich)

exn

Schnittpunkte innerhalb der Landesregierung gebe es nicht nur mit dem Schulministerium, sondern auch mit dem Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Digitalisierung. Viele Zuständigkeiten die Schwimmbäder betreffend lägen nicht in der Staatskanzlei, sondern bei den Kommunen und damit letztendlich beim MHKBD. Sie gehe davon aus, dass das MHKBD gerne auch im Sportausschuss über Fragen zu dieser Thematik berichte.

Die angesprochenen 5 Millionen Euro hätten zudem nichts mit der Förderung etablierter Sportstätten zu tun. Es handle sich um ein eigenständiges Programm und frisches Geld für zwei Jahre und für die vier Aspekte „Verbesserung der Personalsituation“, „Finanzierung und Unterhalt mobiler Schwimmflächen“, „Bezuschussung von Schwimmkursen“ sowie „Projektierung eines Schwimmzentrums.“

Christof Rasche (FDP) gibt abschließend zu bedenken, dass es die Vertreter aus dem Bereich des Sports kaum interessiere, wo genau die Zuständigkeiten lägen, sondern sie wollten, dass ihre Probleme gelöst würden. Er werbe dafür, sich gemeinsam auf allen Ebenen dafür einzusetzen, dass dies gelinge. Aufgabe des Sportausschusses des Landtags sei es dabei auch, zu kontrollieren, ob die Landesregierung genug unternehme. Dabei müsse sie sich an der gelungenen Sportpolitik der Landesregierung der vergangenen Legislaturperiode messen lassen.

Sportausschuss

27.09.2022

1. Sitzung (öffentlich)

exn

4 **Energiekrise trifft Sportvereine besonders hart** *(Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 2])*

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/196

Tülay Durdu (SPD) führt aus, als Reaktion auf die Energiekrise hätte sie von der Landesregierung mehr erwartet als Beratungsangebote und Verweise auf Handreichungen wie die im Bericht erwähnten Hinweise des DOSB zu Einsparmöglichkeiten. Sie frage, was die Landesregierung darüber hinaus zu tun gedenke.

Andreas Keith (AfD) weist darauf hin, dass auch der Landessportbund in diesem Kontext staatliche Hilfen einfordere. Dem Bericht zufolge gebe es momentan keine entsprechenden Programme. Ihn interessiere, ob nicht abgeflossene Mittel aus der Coronahilfe genutzt werden könnten.

StS'in Andrea Milz (Staatskanzlei) verweist mögliche weitere Aktivitäten betreffend auf die anstehende Konferenz der Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten. Solange die Ergebnisse dieser Konferenz nicht festständen, könne sie nur spekulieren.

Nicht abgeflossene Mittel im Zusammenhang mit Corona könnten nicht genutzt werden, da diese Mittel durch die Aufnahme weiterer Schulden finanziert würden. Es handle sich daher nicht um vorhandenes Geld, das ohne Weiteres ausgegeben werden könnte. Den Fraktionen des Landtags stehe es aber durchaus frei, ähnliche Hilfen für den Sport zu diskutieren.

Kirsten Stich (SPD) nimmt zunächst Bezug auf eine Aussage des Abgeordneten Nettekoven unter Tagesordnungspunkt 3, laut welcher ein Freibad in Witten früher im Jahr geschlossen habe, um Energie einzusparen. Sie wisse in diesem Fall auch von Begründungen, die nichts mit Energieeinsparungen zu tun hätten.

Um zu einem sinnvollen Vorgehen zu kommen, müsse es ihrer Auffassung nach Absprachen zwischen Kommunen und Vereinen bzw. Verbänden geben. So könne bei 15 Grad in einer Turnhalle zwar Basketball gespielt werden, aber kein Kinderturnen stattfinden. Sie bitte die Landesregierung, dies im Blick zu behalten und auf die Kommunen einzuwirken, sodass in den Vereinen keine Frustration entstehe, die zum Austritt von Mitgliedern führe.

Weder der Bund noch das Land oder die Kommunen ständen zahlreichen Rückmeldungen zufolge in einem guten Austausch mit den Sportvereinen, so **Dr. Nadja Büteführ (SPD)**, um mit diesen über Ideen zur Bewältigung sowohl der Coronakrise als auch der Energiekrise zu sprechen. Sie bitte die Landesregierung um eine eigene Bewertung der Kommunikation mit den Vereinen.

StS'in Andrea Milz (Staatskanzlei) stellt heraus, sie sei im Grunde jeden Tag unterwegs, um sich mit Vertretern von Sportvereinen zu treffen. Dies lasse sich auch auf ihrer Facebook-Seite nachvollziehen. Hinzu kämen regelmäßige Videokonferenzen mit sowohl kleinen als auch großen Vereinen und Verbänden aus dem ganzen Land, die in diesem Rahmen ihre jeweiligen Situationen schildern könnten. Dieses Vorgehen sei mittlerweile der Standard und werde auch unabhängig von Corona fortgeführt.

Ein Erkenntnisdefizit bestehe daher nicht. Es stelle sich nur jeweils die Frage, ob sie tatsächlich helfen könne. Sie stimme zu, dass einige Sportarten mit geringeren Temperaturen besser umgehen könnten als andere. Dafür gelte es die Kommunen zu sensibilisieren, sodass sie nicht alles gleichbehandelten. Wenn Angebote einfach nur eingestellt würden, käme es sicherlich zu Vereinsaustritten, da die Mitglieder sich auch angesichts eigener Kostensteigerungen im Privaten überlegen würden, ob sie die Mitgliedschaft weiterhin zahlen wollten.

Sie weise darauf hin, dass das Prinzip der kommunalen Selbstverwaltung gelte. Die Stadträte entschieden selbst über die zeitlichen Abläufe in den Kommunen. Auch sie trafen ihre Entscheidungen aber sicherlich im Sinne der Bevölkerung.

5 Corona-Hilfszahlungen für Sportvereine und aktuelle Rückzahlungsforderungen des Landes *(Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 3])*

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/192

Tülay Durdu (SPD) dankt für den Bericht, der sehr strukturiert den Sachstand zu den drei Programmen „Soforthilfe Sport NRW“, „Coronahilfe Profisport NRW“ und „Coronahilfe Breitensport NRW“ wiedergebe. Zum letztgenannten Programm finde sich die Angabe, dass keine Rückzahlungsforderungen beständen. Zu den anderen beiden Programmen werde zwar die Anzahl der Rückzahlungsforderungen angegeben, es fehlten aber die Höhe der Rückzahlungen sowie die Gründe dafür. In einem Fall erinnere sie sich auch auf einen Antrag auf Insolvenz. Sie bitte um Informationen, ob mehrere Vereine von Insolvenz bedroht seien.

Über die Gründe für Rückzahlungsforderungen könne sie nur spekulieren, so **StS'in Andrea Milz (Staatskanzlei)**. Ein Unterschied bestehe darin, dass es sich bei den ersten Programmen um Hilfen in konkreten Notlagen gehandelt habe. Die Gelder seien schnell und unbürokratisch ausgezahlt worden. Nachträgliche Prüfungen der angegebenen Gründe für die Notlage hätten dann zu Rückzahlungsforderungen geführt. Ähnlich sei es zum Beispiel bei den Coronahilfen für die Wirtschaft abgelaufen.

Das Programm für den Breitensport unterscheide sich davon und stelle im Grunde eine Anlaufhilfe nach Corona dar. Es handle sich um ein Angebot für Vereine, die Mitglieder verloren hätten. Die Vereine erhielten eine Hilfe aufgrund der gesunkenen Mitgliederzahl, und ihnen gehe dieselbe Summe noch einmal zu, wenn es ihnen gelinge, die verlorene Anzahl an Mitgliedern zurückzugewinnen. Dies lasse sich anhand von Statistiken des Landessportbundes nachvollziehen, wodurch Fehler unwahrscheinlich würden.

Insolvenzen hätten durch die Hilfen vollständig verhindert werden können. Die Vereine hätten auch keinen Insolvenzantrag stellen, sondern lediglich ihre Notlage schildern müssen. Ob ihnen tatsächlich die Insolvenz gedroht habe, hätten Landessportbund und Vertretungen von Banken im Nachhinein im Vieraugenprinzip geprüft.

Der Landessportbund sage zu, innerhalb der kommenden Woche die Daten zu den durch ihn ausgezahlten Mitteln zu liefern.

Dr. Nadja Büteführ (SPD) bittet darum, die zugesagten Informationen um Angaben dazu zu ergänzen, ob es sich um vollständige oder teilweise Rückzahlungen gehandelt habe, und **Hartmut Ganzke (SPD)** fragt, ob er es richtig interpretiere, dass die Differenz zwischen der Anzahl vereinbarter Ratenzahlungen und der Gesamtsumme der Rückzahlungsforderungen bedeute, dass allen, die keine Ratenzahlung tätigten, eine vollständige Rückzahlung der Mittel möglich gewesen sei.

Christof Rasche (FDP) ergänzt dies um eine Nachfrage dazu, woran es liege, das im Programm für den Profisport in der Hälfte aller Fälle Rückzahlungsforderungen gestellt

würden. Er vermute angesichts dieser Daten, dass es sich bei den Hilfen entweder um Kredite handle oder ein großer Anteil der Anträge fehlerhaft ausgefallen sei.

Andreas Keith (AfD) möchte wissen, ob die Prüfungen nun abgeschlossen seien.

StS'in Andrea Milz (Staatskanzlei) bestätigt den vollständigen Abschluss der Prüfungen. Der Landessportbund sichere zu, die Antworten auf die übrigen Fragen nachzureichen.

6 Terminplanungen (*Anlagen 4 und 5*)

Gegen die Terminplanung für das zweite Halbjahr 2022 sowie für das Jahr 2023 erhebt sich unter Berücksichtigung des Wunsches des Abgeordneten Christof Rasche, den Sitzungstermin am 26. September 2023 zu überprüfen, kein Widerspruch.

Sportausschuss

27.09.2022

1. Sitzung (öffentlich)

exn

7 Verschiedenes

hier: **Vorstellung des Landesaktionsplans „Sport und Inklusion in NRW“**

StS'in Andrea Milz (Staatskanzlei) kündigt die Vorstellung der Ergebnisse des Landesaktionsplans „Sport und Inklusion in NRW“ am 14. November 2022 im Franz Sales Haus in Essen an. Die Mitglieder des Ausschusses würden für diese Veranstaltung noch Einladungen erhalten.

gez. Bernhard Hoppe-Biermeyer
Vorsitzender

5 Anlagen

16.11.2022/28.11.2022

Christof Rasche MdL | Platz des Landtags 1 | 40221 Düsseldorf

Herrn
Bernhard Hoppe-Biermeyer, MdL
Vorsitzender des Sportausschusses
- Im Hause -

- per E-Mail -

Christof Rasche MdL

Mitglied des Landtags Nordrhein-Westfalen

Sprecher für Verkehr

Sprecher für Sport

Düsseldorf, 14. September 2022

Schwimmen lernen in Krisenzeiten. Bleiben die Kinder abermals auf der Strecke?

Bitte um einen schriftlichen Bericht der Landesregierung zur Sitzung des Sportausschusses am 27. September 2022.

Sehr geehrter Herr Hoppe-Biermeyer,

bereits während der Corona-Pandemie mussten besonders Kinder auf das Schwimmen verzichten. In dieser Zeit gab es keine Möglichkeiten für Kinder, schwimmen zu lernen oder Freude für das Schwimmen zu entwickeln. Laut Schwimmverband NRW haben seit Beginn der Pandemie 225.000 Kinder die vierte Klasse abgeschlossen, ohne richtig schwimmen zu können.

Nun gibt es Forderungen, Schwimmbäder angesichts drohender Engpässe bei der Energieversorgung vorübergehend zu schließen. Der Städtetag Rheinland-Pfalz sieht die größten Einsparpotenziale bei Schwimmbädern und Schulen. Viele Kommunen stehen vor der Entscheidung, Lehrschwimmbecken zu schließen, um Energiekosten einzusparen. Leidtragende sind abermals Familien mit Kindern.

In ihrem Koalitionsvertrag haben CDU und GRÜNE angekündigt, eine Sport- und Schwimmoffensive zu starten. Ministerpräsident Hendrik Wüst hat in seiner Regierungserklärung noch einmal bekräftigt, dass zum Ende der Grundschulzeit jedes Kind sicher schwimmen können soll.

Die Landesregierung wird um einen schriftlichen Bericht zum aktuellen Sachstand gebeten, welche Folgen die Energiekrise für das Schwimmen lernen hat. Wie viele Lehrschwimmbecken gibt es in NRW? Welche Kommunen unterhalten keine Lehrschwimmbecken? Wie viele Lehrschwimmbecken können aufgrund technischer oder baulicher Mängel nicht genutzt werden? Wie viele Lehrschwimmbecken sollen aufgrund der aktuellen Energiekrise geschlossen werden? Welche Maßnahmen ergreift die Landesregierung, um Schließungen von Lehrschwimmbecken zu verhindern? Welche konkreten Maßnahmen plant die Landesregierung im Rahmen ihrer Schwimmoffensive?

Mit freundlichen Grüßen

FDP-Landtagsfraktion NRW
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

T: 0211 | 884 – 25 29

F: 0211 | 884 – 36 56

christof.rasche@landtag.nrw.de
www.christof-rasche.de

**Tülay Durdu**Mitglied des Landtags Nordrhein-Westfalen
Sportpolitische Sprecherin der SPD Fraktion

Landtag NRW • Tülay Durdu • Postfach 10 11 43 • 40002 Düsseldorf

Herrn
Bernhard Hoppe-Biermeyer
Vorsitzender des SportausschussesPlatz des Landtags 1
D-40221 Düsseldorf
Telefon: 0211 - 884 2622
Fax: 0211 - 884 3195
E-Mail: tuelay.durdu@landtag.nrw.de

Düsseldorf, 16.11.2022

- im Hause -

Anmeldung eines Tagesordnungspunktes für die Sitzung des Sportausschusses am 27.9.2022

Berichts-anfrage

Energiekrise trifft Sportvereine besonders hart

Der Landessportbund Nordrhein-Westfalen schreibt in seiner Pressemitteilung vom 12.9.2022, dass die aktuelle Energiekrise die Sportvereine härter treffen wird als die Corona-Pandemie. Ohne Unterstützung vom Land „werden in NRW Sportvereine von der Landkarte verschwinden“, heißt es weiter.

Auch der der Deutsche Olympische Sportbund (DOSB) hat den Sportvereinen im Land empfohlen rund 20 Prozent ihres Energieverbrauches in Zukunft einzusparen (vgl. Bericht der WAZ vom 13.9.2022).

Da zweidrittel aller Sportstätten im Besitz der Kommunen sind, können die Vereine oft nicht selbst darüber bestimmen, in welchen Bereichen der Vereinsstrukturen sie die Einsparungen vornehmen können. Das betrifft vor allem Hallen in denen trainiert und gespielt wird. Hier geht es dann vor allem darum, ob die Städte die Hallennutzungsgebühren anheben oder nicht. Außerdem laufen Verträge mit den Versorgern zum Ende des Jahres aus.

Bereits jetzt werden Sparmaßnahmen wie das Herunterkühlen von Hallen, Duschen und das Absenken der Wassertemperatur in Schwimmbädern umgesetzt. Teilweise können so jetzt schon keine Kinder- und Babyschwimmkurs im ohnehin angespannten Schwimmunterrichtsbereich nicht durchgeführt werden, weil die Temperaturen für Kinder zu niedrig sind und Eltern ihre Anmeldungen zurückziehen.

Vor diesem Hintergrund bitten wir die Landesregierung zur Beantwortung folgender Fragen:

1. Welche Sparmaßnahmen werden in den Sportstätten des Landes und der Kommunen getroffen und wie erfolgen die Priorisierungen?
2. Welche Maßnahmen zur finanziellen Unterstützung der Sportvereine plant die Landesregierung? Ab wann und wie werden die Maßnahmen umgesetzt?
3. In welchem Ausmaß rechnet die Landesregierung mit Kostensteigerungen je Sportverein?
4. Wie will die Landesregierung Hallenschließungen und Mitgliederrückgänge verhindern?

Mit freundlichen Grüßen

Tülay Durdu MdL

**Tülay Durdu**Mitglied des Landtags Nordrhein-Westfalen
Sportpolitische Sprecherin der SPD Fraktion

Landtag NRW • Tülay Durdu • Postfach 10 11 43 • 40002 Düsseldorf

Herrn
Bernhard Hoppe-Biermeyer
Vorsitzender des SportausschussesPlatz des Landtags 1
D-40221 Düsseldorf
Telefon: 0211 - 884 2622
Fax: 0211 - 884 3195
E-Mail: tuelay.durdu@landtag.nrw.de

Düsseldorf, 16.11.2022

- im Hause -

Anmeldung eines Tagesordnungspunktes für die Sitzung des Sportausschusses am 27.9.2022

Berichts-anfrage 1

Corona-Hilfszahlungen für Sportvereine und aktuelle Rückzahlungsforderungen des Landes

Die Corona-Pandemie hat alle gesellschaftlichen Bereiche stark in Mitleidenschaft gezogen. Darunter auch Sportvereine und ihre Mitglieder. Und viele Betroffene leiden nach wie vor an den Folgen der Zuschauerbeschränkungen und der vorgeschriebenen Vorsichtsmaßnahmen.

Mit unterschiedlichen Programmen hat das Land in verschiedenen Phasen der Pandemie versucht, Vereine mit finanziellen Mitteln zu unterstützen. Dazu gehören die Programme „Soforthilfe-Sport NRW“, „Coronahilfe Profisport NRW“ und „Coronahilfe Breitensport NRW“.

Als Bedingung für die Gewährung der Soforthilfe galt ein durch die Corona-Pandemie verursachter Liquiditätsengpass, der zu einer Existenzgefährdung des Vereins beziehungsweise des Verbands oder Bunds in Form einer drohenden Zahlungsunfähigkeit führen könnte.

Wir bitten die Landesregierung um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie hoch ist die Summe der Mittel, die mit den jeweiligen Förderprogrammen insgesamt an Hilfen für Sportvereine des Landes für den Bereich Sport zur Verfügung gestellt wurden?
2. Wie viele Vereine im Bereich des Amateur- und des Profisports wurden durch die jeweiligen Programme gefördert? Bitte getrennt auflisten?
3. Wie viele Rückzahlungsaufforderungen wurden ausgesprochen und auf Basis welcher Kriterien werden Rückzahlungen eingefordert?
4. Wie vielen Rückzahlungsforderungen sind bisher aus welchen Gründen nicht entsprochen worden und wie geht die Landesregierung damit um?

Mit freundlichen Grüßen

Tülay Durdu MdL

*O = Sportausschuss
Dienstag, je 15.30 Uhr*

Terminplan 2022
- 2. Jahreshälfte -

	Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So	
Juli					1	2	3	sitzungsfrei
	4	5	6	7	<u>8</u>	9	10	sitzungsfrei
	11	12	13	14	15	16	17	sitzungsfrei
	18	19	20	21	22	23	24	sitzungsfrei
	25	26	27	28	29	30	31	sitzungsfrei
August	1	2	3	4	5	6	7	sitzungsfrei
	8	9)	10	11	12	13	14	sitzungsfrei
	15	16	17	18	19	20	21	Sitzungswoche
	22	23	24	25	26	27	28	Sitzungswoche
September	29	30	31	1	2	3	4	Sitzungswoche
	5	6	7	8	9	10	11	Sitzungswoche
	12	13	14	15	<u>16</u>	17	18	Sitzungswoche
	19	20	21	22	23	24	25	Sitzungswoche
Oktober	26	27	28	29	30	1	2	Sitzungswoche
	3	4	5	6	<u>7</u>	8	9	Herbstferien 03.10.-14.10. sitzungsfrei
	10	11	12	13	14	15	16	sitzungsfrei
	17	18	19	20	21	22	23	Sitzungswoche
	24	25	26	27	<u>28</u>	29	30	Sitzungswoche
November	31	1	2	3	4	5	6	Sitzungswoche
	7	8	9	10	11	12	13	Sitzungswoche
	14	15	16	17	18	19	20	Sitzungswoche
	21	22	23	24	<u>25</u>	26	27	Sitzungswoche
Dezember	28	29	30	1	2	3	4	Sitzungswoche
	5	6	7	8	9	10	11	Sitzungswoche
	12	13	14	15	<u>16</u>	17	18	Sitzungswoche
	19	20	21	22	23	24	25	Weihnachtsferien 24.12.-08.01. sitzungsfrei
Januar	26	27	28	29	30	31	1	sitzungsfrei
	2	3	4	5	6	7	8	sitzungsfrei

*0 = Sportausschluss
Dienstag, jeweils 15.30 Uhr*

**Terminplan 2023
- 1. Jahreshälfte -**

	Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So	
Januar							1	sitzungsfrei
	2	3	4	5	6)	7	8	Weihnachtsferien bis 06.01. sitzungsfrei
	9	10	11	12	13	14	15	Sitzungswoche
	16	17	18	19	20	21	22	Sitzungswoche
	23	24	25	26	27	28	29	Sitzungswoche
Februar	30	31	1	2	3	4	5	Sitzungswoche
	6	7	8	9	<u>10</u>	11	12	Sitzungswoche
	13	14	15	16	17	18	19	sitzungsfrei
	20	21	22	23	24	25	26	sitzungsfrei
März	27	28	1	2	<u>3</u>	4	5	Sitzungswoche
	6	7	8	9	10	11	12	Sitzungswoche
	13	14	15	16	17	18	19	Sitzungswoche
	20	21	22	23	24	25	26	Sitzungswoche
April	27	28	29	30	<u>31</u>	1	2	Sitzungswoche
	(3	4	5	6	7	8	9	Osterferien 03.04. - 15.04. sitzungsfrei
	10	11	12	13	14	15)	16	sitzungsfrei
	17	18	19	20	21	22	23	Sitzungswoche
	24	25	26	27	28	29	30	Sitzungswoche
Mai	1	2	3	4	5	6	7	Sitzungswoche
	8	9	10	11	<u>12</u>	13	14	Sitzungswoche
	15	16	17	18	19	20	21	Sitzungswoche
	22	23	24	25	26	27	28	Sitzungswoche
Juni	29	(30)	31	1	2	3	4	Pfingstferien 30.05. sitzungsfrei
	5	6	7	8	9	10	11	Sitzungswoche
	12	13	14	15	<u>16</u>	17	18	Sitzungswoche
	19	20	21	(22	23	24	25	Sitzungswoche
Juli	26	27	28	29	30	1	2	Sommerferien 22.06.-04.08. sitzungsfrei

- = Ältestenrat
- = Plenarsitzungstage
- () = Schulferien
- _ = Bundesrat

*O = Sportausschuss
Dienstag, jeweils 15.30 Uhr*

**Terminplan 2023
- 2. Jahreshälfte -**

	Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So	
	3	4	5	6	<u>7</u>	8	9	sitzungsfrei
	10	11	12	13	14	15	16	sitzungsfrei
	17	18	19	20	21	22	23	sitzungsfrei
	24	25	26	27	28	29	30	sitzungsfrei
August	31	1	2	3	4)	5	6	sitzungsfrei
	7	8	9	10	11	12	13	Sitzungswoche
	14	15	16	17	18	19	20	Sitzungswoche
	21	22	23	24	25	26	27	Sitzungswoche
September	28	29	30	31	1	2	3	Sitzungswoche
	4	5	6	7	8	9	10	Sitzungswoche
	11	12	13	14	15	16	17	Sitzungswoche
	18	19	20	21	22	23	24	Sitzungswoche
Oktober	25	26	27	28	<u>29</u>	30	1	Sitzungswoche
	(2	3	4	5	6	7	8	Herbstferien 02.10.-14.10. sitzungsfrei
	9	10	11	12	13	14)	15	Sitzungsfrei
	16	17	18	19	<u>20</u>	21	22	Sitzungswoche
	23	24	25	26	27	28	29	Sitzungswoche
November	30	31	1	2	3	4	5	Sitzungswoche
	6	7	8	9	10	11	12	Sitzungswoche
	13	14	15	16	17	18	19	Sitzungswoche
	20	21	22	23	<u>24</u>	25	26	Sitzungswoche
Dezember	27	28	29	30	1	2	3	Sitzungswoche
	4	5	6	7	8	9	10	Sitzungswoche
	11	12	13	14	<u>15</u>	16	17	Sitzungswoche
	18	19	20	(21	22	23	24	Weihnachtsferien 21.12.-05.01. sitzungsfrei
	25	26	27	28	29	30	31	sitzungsfrei
Januar	1	2	3	4	5)	6	7	sitzungsfrei